

Beschluss:

1. Die Landeshauptstadt München spricht sich dauerhaft für einen breiten, stufenweisen Einsatz von Homeoffice in allen Referaten und Eigenbetrieben aus, soweit nicht dienstliche Belange entgegenstehen.
2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, dem Stadtrat im 1. Quartal 2022 einen Ausblick auf die Erarbeitung einer Homeoffice-Strategie vorzulegen.
3. Das IT-Referat wird beauftragt zu prüfen, wie und in welchen Ausbaustufen ein mobiles Arbeiten/Homeoffice, ein flexibleres Distance Working sowie eine Zusammenarbeit, wenn der eine Teil der Mitarbeiter*innen im Büro und der andere Teil im Homeoffice ist, unter Beachtung der aktuellen Haushalts-situation sinnvoll umgesetzt werden kann und dem Stadtrat bis 30.04.2022 vorzulegen. Dabei ist auch aufzuzeigen, welcher zusätzliche Finanzierungsbedarf besteht.
4. Alle Referate werden beauftragt, ihre jeweilige Verwaltungsstandortstrategie zu überarbeiten und dem Kommunalreferat bis zum 30.04.2022 zuzuleiten. Dabei ist eine Reduzierung der Anzahl der Büroarbeitsplätze durch Zellenbüro-Desksharing um mindestens 15 Prozent vorzusehen, standortbezogene Einsparvorschläge sind anzugeben. Beim Gesundheitsreferat und beim Referat für Klima- und Umweltschutz werden die bisherigen Einsparungen, die im Zuge der Gründung der neuen Referate bereits verwirklicht wurden, auf die Einsparquote angerechnet.
5. Die Referate erhalten für jedes Prozent Einsparung der Büroarbeitsplätze, das über der vom Stadtrat vorgegebenen Mindestquote von 15 % liegt, die Hälfte der bisherigen Ausgaben als sog. Managementleistungen im jeweiligen

Referatshaushalt zur freien Verfügung bereit gestellt.

6. Das Kommunalreferat wird beauftragt, dem Stadtrat die weiteren Einsparmöglichkeiten, die sich neben dem Zellenbüro-Desksharing ergeben, sowie die für die Umsetzung benötigten Ressourcen bis zum 31.03.2022 vorzustellen.
7. Alle Referate werden beauftragt, ihre jeweilige Strategie zu den Lager- und Registraturflächen zu überarbeiten und dem Kommunalreferat bis zum 30.04.2022 zuzuleiten.
8. Das Kommunalreferat wird beauftragt, bis zum 31.10.2022 die Konzepte der Referate zu Raumeinsparungen mit einer fachlichen Bewertung und immobilienwirtschaftlichen Schlussfolgerung dem Stadtrat vorzustellen.
9. Alle Eigenbetriebe werden beauftragt, ihre jeweilige Verwaltungsstandortstrategie und ihre Strategie zu den Lager- und Registraturflächen zu überarbeiten und dem jeweiligen Werksausschuss bis zum 30.04.2022 vorzulegen. Dabei ist eine Reduzierung der Büroarbeitsplätze durch Zellenbüro-Desksharing um mindestens 15 % vorzusehen, standortbezogene Einsparvorschläge sind anzugeben.
10. Das Kommunalreferat wird beauftragt, die Auflösung von Mietverträgen von Verwaltungsgebäuden im Gesamtkontext mit dem Ziel der Kürzung der Kosten für die Anmietung/Bewirtschaftung um mindestens 20 % weiterzuverfolgen.
11. Der Antrag „Verwaltung fit für die Zukunft machen“, Antrag Nr. 20-26 / A 00644 der Fraktion Die Grünen – Rosa List und SPD / Volt - Fraktion vom 11.11.2020 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt.
12. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrats.